

KEIN KAPITALISMUS OHNE KRIEG UND KRISE

Wozu äußere- und innere Aufrüstung wirklich dienen

**KOMMUNISTISCHE
JUGEND** WWW.KOMAUFBAU.ORG 

Warum die **neuen Polizeigesetze** in fast allen Bundesländern?

Die Arbeitslosenquote in Deutschland ist so niedrig wie seit über 25 Jahren nicht mehr.

Die **Kriminalität sinkt** in Deutschland immer weiter, immer weniger Gewalttaten und Verbrechen werden von der Polizei verzeichnet.

Wirtschaftlich geht es Deutschland **so gut wie lange nicht**.

Das sind doch alles sehr positive Entwicklungen und alles andere als Erklärungen für diese massiven Gesetzesverschärfungen.

Was ist also die Ursache für diese neuen Gesetze?

INNERE AUFRÜSTUNG

Der Staat und seine Aufgaben

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat, der im Interesse des **imperialistischen deutschen Finanzkapitals** handelt. Seine politischen Parteien und AkteurInnen sind fest mit diesem verwoben. Hinter dem Schleier des bürgerlich-demokratischen Parlaments und dem Glauben, man könne durch Wahlen in diesem System etwas Gravierendes verändern, steckt die Tatsache, dass der deutsche Staat, so wie alle imperialistischen Staaten, **nur dem Kapital dient**.

Mehr als 600 Milliarden Euro hat der deutsche Staat in der Weltwirtschaftskrise 2007 in die Rettung von Banken und Unternehmen gesteckt. Das Kapital wirtschaftete sich in den Bankrott und die ArbeiterInnen mussten dafür zahlen. Noch vor der Krise 2007 gab es mit der Umsetzung der Agenda 2010 den größten Sozialstaatsabbau seit Jahrzehnten. Sozialleistungen und Gesetze wie Krankenversicherung, **Rentenversicherung und Kündigungsschutz wurden gekürzt und eingeschränkt**.

Die Leiharbeit wurde enorm ausgebaut, der Niedriglohnsektor hat sich stark vergrößert und die **Kurzarbeit wurde eingeführt**. Das Arbeitslosengeld II, besser bekannt als Hartz IV, wurde in dieser Zeit gegründet und schaffte eine **neue Ausbeutung der arbeitslosen Massen**.

Der deutsche Staat verlor und verliert immer mehr seine Maske des sozialen Helfers und zeigt seine kapitalistische und ausbeuterische Fratze.



Die Lehren des Faschismus und wie sie aufgehoben wurden

Nachdem der Hitler-Faschismus in Deutschland besiegt war, wurde 1949 das Grundgesetz verabschiedet, welches vor allem eine erneute Machtübernahme durch den Faschismus verhindern sollte, so hieß es zumindest. Als die vier wichtigsten **Schlüssellehren** gab es:

Das **Verbot einen Angriffskrieg** zu planen und durchzuführen.

Das **Militär durfte nicht im inneren eingesetzt** werden.

Es muss eine **strikte Trennung zwischen Polizei und Militär** geben.

Es muss eine **strikte Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten** geben.

1968 gab es eine große Veränderung der Gesetze, die **Wehrpflicht** „zur Verteidigung des Vaterlandes“ wurde eingeführt, auch **Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisse wurden erheblich eingeschränkt**. Doch vor allem war es dem **Militär** durch die neuen „Notstandsgesetze“ nun möglich **im Inneren des deutschen Staates zu agieren**, sei es bei Katastrophenhilfe oder bei „innerem Notstand“. Der „innere Notstand“ besagt, dass eine

„Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ vorliegen muss. Das ist natürlich Auslegungssache, so können Streiks, Protestbewegungen und Demonstrationen als eine solche Gefahr gesehen werden. Mit dem Angriffskrieg 1999 im Kosovo wurde dann der erste Angriffskrieg der Bundesrepublik seit 1945 geplant und durchgeführt. Daraufhin folgten Kriege im Irak, Afghanistan, Libyen und viele mehr. Seit dem **1.1.2017 ist es in Deutschland gesetzlich erlaubt einen Angriffskrieg** zu führen.

Wir sehen, seit Jahrzehnten sind schon zwei der wichtigsten Lehren aus dem Faschismus längst über Bord geworfen.

Die Einführung militärischer und geheimdienstlicher Mittel für die Polizei

Die Bundespolizei und die Landespolizei haben mit dem SEK, MEK, BFE+ und GSG9 eigene militärische Spezialeinheiten, die bis auf die Zähne bewaffnet sind.

Das SEK (Sondereinsatzkommando) zum Beispiel soll in Situationen eingesetzt werden, in denen der oder die TäterInnen bewaffnet sind, 2017 allerdings wurde das **SEK bei den Protesten gegen den G20 Gipfel** in Hamburg



Proteste gegen das neue Polizeigesetz in NRW

und bei einer antifaschistischen Demonstration in Wurzen (Sachsen) eingesetzt.

Auch die **Vermischung der Polizei und Geheimdienste** ist schon seit langem im Gange. So haben mit dem gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum und dem gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum, die Polizei und alle Geheimdienste Deutschlands ganz offiziell zwei gemeinsame Behörden.

Durch die neuen Polizeigesetze, die seit Ende 2017 nach und nach in jedem Bundesland eingeführt werden, wird die Trennung zwischen Polizei und Militär und zwischen Polizei und Geheimdienst noch weiter und offener aufgehoben. Die wichtigsten Punkte sind die Begriffe der „**drohenden Gefahr**“ und der „**drohenden terro-**

ristischen Gefahr“. Hier wird sich nicht mehr im Bereich der konkreten Gefahr bewegt. Es muss keinen konkreten Verdacht auf eine bestimmte Straftat oder Beweise für die Planung einer Straftat geben, sondern es reicht, dass die Polizei denkt, dass jemand zukünftig eine Straftat von erheblicher Bedeutung begehen könnte. Der Katalog der „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ ist heute schon lang und kann zukünftig einfach weiter ausgebaut werden. Das bedeutet: wegen immer mehr „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ können legal diese und viele weitere Repressionsmittel eingesetzt werden.

Die Polizei wird, je nach Bundesland, jetzt mit **Elektroschockpistolen** und **Sprengstoff** ausgerüstet, egal ob **Blend-** oder **Splittergra-**

naten. Eine Elektroschockpistole (Taser) wird zwar als „nicht tödliche Waffe“ eingestuft, hat dafür aber schon vielen Menschen das Leben gekostet. Somit hat die Polizei die Möglichkeit bürgerkriegsähnliche Szenarien zu erschaffen und in solchen zu kämpfen. Die **Grenze zwischen Militär und Polizei schwimmt also erheblich.**



Elektroschockpistole (Taser)

Durch den Ausbau der Videoüberwachung an verschiedensten Orten, wird Deutschland immer mehr zum Überwachungsstaat. Schon jetzt ist es so, dass man, wenn man eine **Strecke von 14 km durch Köln läuft, 12 km davon immer im Blick von Kameras ist.** Die anderen 2 km können „nur“ sporadisch nachgezeichnet werden. Auch die präventive Überwachung der Telekommunikation, sei es E-Mail oder Handy wird eingeführt. Also ist es der Polizei **ohne einen Beweis** zu haben

möglich, **alle unsere Gespräche zu überwachen**, alle unsere Kontakte zu überwachen und auch alle deren Kontakt zu überwachen. Es können präventive, also **vorzeitige Aufenthaltsverbote und Kontaktverbote** ausgesprochen werden, welche es einer Person verbieten sich mit bestimmten Personen zu treffen oder an bestimmte Orte zu gehen. Überprüft werden kann so etwas zum Beispiel durch die Einführung elektronischer Fußfesseln.

Des Weiteren können Menschen **ohne je eine Straftat** begangen zu haben für eine **bestimmte Zeit in Haft** gesteckt werden. Durch die Schleierfahndung (Strategische Fahndung), ist es der Polizei erlaubt **jede/n zu jeder Zeit und überall zu kontrollieren.** Heute ist es noch so, dass die Polizei einen konkreten Verdacht braucht, um Personen auf der Straße anzuhalten, ihre Personalien und Taschen zu kontrollieren. Nur in sogenannten Gefahrengeländen, also an Orten, an denen vermehrt Straftaten begangen werden, darf die Polizei heute diese Kontrollen durchführen. Zukünftig muss die Polizei eine „Lage“ bestimmen um das zu dürfen. Welche Situation genau vorliegen muss, um eine Lage zu definieren, um die Repres-

sionsmaßnahmen anzuwenden, ist nicht definiert. Somit kann die Polizei zukünftig jede/n an jedem Ort und zu jeder Zeit kontrollieren.

Präventive polizeiliche Maßnahmen einzusetzen und durchzuführen bedeutet, dass es keinen Schaden geben muss, keine Straftat oder ähnliches muss vorliegen. Von nun an entscheiden polizeiliche Einschätzungen von individuellen Punkten wie Lebenslauf, Religion, Lebenssituation, Wohnort, Herkunft, politische Einstellung und Hautfarbe, wie viel Gefahr von einer Person ausgeht und kann Maßnahmen und Strafen gegen diese Person einsetzen. Die **Polizei bekommt geheimdienstliche und militärische Rechte, sie wird zu einem eigenen politischen Akteur**. Sie ist nicht mehr nur ausführende Gewalt, sondern darf selber bestimmen wer eine

„drohende Gefahr“ ist und somit bestimmen gegen wen sie Gewalt anwendet.

Repression: International

Seit der Krise 2007 gab es auch in Europa mehr und mehr Verelendung und Repressionen an den ArbeiterInnen. In Italien, Spanien, Griechenland, Frankreich und in vielen anderen Länder wuchs die Arbeitslosigkeit und die Verelendung stieg und steigt weiter an. In **Spanien haben 15,6% der ArbeiterInnen keinen Job**, mehr als die Hälfte der Jugendlichen ist arbeitslos. In Griechenland hat jede/r Fünfte keine Arbeit, die ArbeiterInnen leiden seit einem Jahrzehnt erheblich unter „Sozialreformen“ und falschen Versprechen, welche eine Verbesserung der Situation erbringen sollen. Doch diese versprochene Verbesserung bleibt



aus, die Reaktionen der Regierungen sind **Sozialabbau, Aufbau des Aggressionspotentials der Polizei** und **Verschärfung der Gesetze**. In Spanien wurde 2013 das Gesetz zur „Sicherheit der Bürger“ verabschiedet, welches verbietet, vor politischen Gebäuden zu demonstrieren. Des Weiteren wird das Tragen von Schals, Kapuzenpull-overn und Helmen auf Demonstrationen mit Geldstrafen geahndet, der Personalausweis muss immer dabei sein, sonst kann es hier auch zu Geldstrafen kommen, genauso wenn sich jemand kritisch gegen das Spanische Königshaus äußert.

In **Frankreich** wurden das Streikrecht und verschiedene ArbeiterInnenrechte massiv eingeschränkt. In **Griechenland** werden die ArbeiterInnen mit Sparmaßnahmen geknechtet.

In der **Schweiz** zum Beispiel kann die Polizei ihre im Dienst bei einer Demonstration entstandenen **Einsatzkosten auf einige wenige DemonstrantInnen oder den/die VeranstalterIn übertragen**.

Zudem können Personen ohne Beweise **beobachtet und verfolgt** werden. Handys dürfen abgehört werden und die Polizei darf mit **falscher Identität und falschen Urkunden bis zu einem Monat verdeckt ermitteln**.

Die Antwort der ArbeiterInnen und Unterdrückten sind Streiks, Demonstrationen und Auflehnung gegen das System.

In **Frankreich** legen landesweite Streiks immer wieder den **gesamten Flug- und Bahnverkehr lahm**. Zehntausende gingen in **Paris** gegen die geplanten Arbeitsmarktreformen und die Politik des französischen Präsidenten Macron auf die Straßen. Bei der Räumung einer



Proteste gegen Arbeitslosigkeit in Spanien

Universität, die von 100 AktivistInnen besetzt wurde, sind drei Menschen schwer verletzt worden, eine von ihnen schwebte in Lebensgefahr. Auch in **Spanien, Griechenland** und **Polen** gehen Tausende auf die Straßen und der Staat geht mit gewohnter Härte gegen jede fortschrittliche Bewegung vor.

Die Entwicklung der kapitalistischen Länder nach der Krise zeigen klar auf, auf welchem Weg Deutschland geht und wie es weiter gehen wird. Wenn wir davon ausgehen, dass **die kommende Krise die schwerste Krise** sein wird, die der Kapitalismus je gesehen hat (wird weiter unten ausgeführt), dann wird der kapitalistische Staat mit ungewohnter

Gewalt und Aggression die ArbeiterInnen am Boden halten. Aber dort werden sie nicht bleiben!

Was ist also unsere Aufgabe in der Zukunft?

Was müssen wir machen wenn sich der Klassenkampf massiv zu spitzen wird?

Unsere Antworten hierauf könnt ihr im letzten Teil lesen.



Proteste in Frankreich gegen die Politik von Macron

KRIEGSVORBEREITUNGEN

Die Jugendlichen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, kennen Krieg nur noch aus den Erzählungen ihrer Großeltern. Schon die Tatsache, dass viele **Millionen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen**, zeigt jedoch, dass es zahlreichen Menschen ganz anders geht.

Wenn wir aufmerksam verfolgen, was die Regierungen Deutschlands und anderer Länder tun, stellt sich jedoch die Frage, ob Krieg für uns ein Thema „vom anderen Ende der Welt“ bleiben wird. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist zum Beispiel überzeugt, dass die deutschen **Rüstungsausgaben deutlich steigen** müssen. Die Begründung: Auch auf den Fall der **Landesverteidigung** müsse man ebenso gut vorbereitet sein, wie auf **Auslandseinsätze** beispielsweise in Afghanistan. Tatsächlich hat die neue Bundesregierung eine massive **Steigerung des Militäretats** angekündigt und auch gleich dazu, dass man in den nächsten Jahren die Ausgaben weiter steigern will. Gerade die Ausgaben für **neue Waffen-**

systeme (was nur ein Teil der Gesamtkosten ist – neben Personalkosten etc.) soll sich nach den Plänen des Verteidigungsministeriums verdoppeln.

Der Bundesregierung ist dabei durchaus bewusst, dass sie alleine keinen Krieg gewinnen wird. Im Vergleich zu den USA und China ist Deutschland dafür viel zu klein; als führende Kraft der EU rechnet man sich aber durchaus Chancen aus. Gerade die BRD treibt deswegen Initiativen für eine gemeinsame **Aufrüstungspolitik Europas** voran. Ihr großes Ziel ist dabei eine **europäische Armee** unter deutscher oder deutsch-französischer Führung.

Auch mehr neue RekrutInnen sollen zu SoldatInnen ausgebildet werden. Nicht nur, dass die



Bundeswehr wie jedes Jahr an Schulen wirbt, um Jugendliche zu gewinnen. Bis 2024 ist eine Vergrößerung der Zahl professioneller SoldatInnen von etwa 180.000 auf dann knapp 200.000 geplant. Außerdem will der Reservistenverband der Bundeswehr nun ZivilistInnen in Wochenendkursen kampffähig machen.

In der Militärfachpresse wird unterdessen immer offener davon gesprochen, dass man sich auf einen neuen großen Krieg (also einen **3. Weltkrieg**) vorbereiten müsse, bei dem die USA und die EU einerseits und Russland und China andererseits aufeinander treffen. Die Diskussion geht weniger darum ob, sondern eher wann es soweit ist.

Somit ist es logisch, dass in den letzten Jahren massiv Truppen der USA und aus EU-Ländern nach Osteuropa verlegt wurden. An der Ostgrenze zu Russland werden nun regelmäßig internationale Truppenmanöver durchgeführt, um den Ernstfall zu proben. Das bisher größte ist für Ende 2018 angekündigt – mit 40.000 SoldatInnen.

Begleitet wird all das von immer wiederkehrenden Statements über den miserablen Zustand der Bundeswehrausstattung. So ver-

sucht man, uns die Notwendigkeit von gesteigerten Militärausgaben zu erklären. Richtig: Mit schießenden Gewehren und Hub-schraubern, die nicht abheben können, sollte man nicht in den Krieg ziehen. **Fragt sich nur, wer will eigentlich in den Krieg ziehen und warum?**

Kein Kapitalismus ohne Krieg

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolken den Regen“ - so brachte es Jean Jaurés, ein französischer Sozialist und Kriegsgegner auf den Punkt. Er wurde kurz vor Beginn des 1. Weltkriegs von einem französischen Nationalisten ermordet, sein Mörder wurde nach dem Krieg freigesprochen.

Was aber hat das zu bedeuten? Warum kann der **Kapitalismus nicht ohne Krieg**? Den Kapitalisten der mächtigsten Länder, dort wo sich der Kapitalismus geschichtlich zuerst entwickelt hat, ist es zu eng in diesen Ländern geworden.

Sie produzieren **mehr Waren als sie im eigenen Land verkaufen** könnten, sie brauchen mehr oder andere Rohstoffe, als das eigene Land bietet und für die von ihnen erwirtschafteten Profite brauchen sie mehr Anlagemöglichkeiten, als

ihnen ihr „Heimatland“ bietet. Daraus ergibt sich der ständige Drang der Kapitalisten, neue „Märkte zu erschließen“: **Märkte für Waren, Arbeitskräfte und Kapital.**

Das verbirgt sich hinter dem **ständigen Kampf** um die Weltherrschaft mit **offen militärischen Mitteln und nicht militärischen Mitteln**, den wir in Geschichtsbüchern oder in den aktuellen Nachrichten verfolgen können.

Eine kleine Zahl imperialistischer Länder steht im ständigen Wettkampf miteinander darum, wessen Unternehmen Arbeitskräfte und Rohstoffe der restlichen abhängigen Länder (Süd- und Mittelamerika, Afrika, große Teile Asiens und Osteuropa) ausbeuten darf, um danach dort die eigenen Produkte gewinnbringend zu verkaufen.

Deutschland ist ein solches imperialistisches Land. Folgerichtig sagte Horst Köhler (Bundespräsident 2004 - 2010), „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall, auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabi-

litäten zu verhindern“. Für diese Äußerung musste er zurücktreten – wahr ist sie aber trotzdem.

So ist es seit dem Kolonialismus - damals mit England, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Belgien an führender Stelle. Heute hat sich die Form, wie die imperialistischen Staaten ihre Kontrolle ausüben, verändert (**indirekte wirtschaftliche und politische Herrschaft, also Neokolonialismus, statt Kolonialismus**), aber das Wesen der Sache bleibt gleich. Auch haben sich die mächtigsten Imperialisten verschoben: Einige sind relativ bedeutungslos geworden, andere dazugestoßen im Kampf um die Weltherrschaft. Heute sind die USA, China, Japan, England, Russland, Deutschland und Frankreich die mächtigsten dieser Länder.

Seitdem der Imperialismus besteht wurden also ständig Kriege geführt: Zuerst, um die Völker der **abhängigen Länder** zu unterwerfen und zu **versklaven**, dann Kriege, um die **Rebellionen dieser Völker** zu **zerschlagen**. Zwischendurch kommt es immer wieder zu kleineren diplomatischen oder militärischen Konflikten zwischen den imperialistischen Großmächten, weil sie dieses oder jenes Land kontrollieren wollen. Unter heuti-

gen Bedingungen nimmt das oft die Form von Stellvertreterkriegen an wie im Jemen, Syrien oder der Ukraine.

Ein dritter Weltkrieg?

Es herrscht also ständiger Konkurrenzkampf, **ständiger Krieg**. Sobald die Einflussgebiete und Märkte vollständig aufgeteilt sind, kommt es zum Weltkrieg.

Der Grund, warum wir heute auf einen solchen Krieg zusteuern, ist, dass die USA nach dem Ende des 2. Weltkriegs ökonomisch, politisch und militärisch mit Abstand das mächtigste Land der Welt sind. Gerade auf ökonomischem Gebiet droht aber diese Vormachtstellung verloren zu gehen. China ist das Land, das wirtschaftlich gesehen am schnellsten aufholt. Es ist nur eine Frage der Zeit bis es die militärische und politische Vorherrschaft der USA in Frage stellen wird. Die USA wiederum wollen genau diese verteidigen – haben aber schon jetzt massive Probleme dabei: An einen Sieg der NATO im Afghanistankrieg glaubt niemand mehr ernsthaft und in Syrien scheint es so, dass sich das Assad-Regime – unterstützt von Russland – stabilisieren kann.

Die USA ziehen daraus die Konsequenz, dass sie von ihren wichtigsten Verbündeten mehr militärische Eigenständigkeit fordern, so dass man im kommenden Krieg überhaupt eine Chance hat. Es sind aber nicht die USA, die Deutschland zwingen aufzurüsten – auch wenn das einige PolitikerInnen so darstellen. Vielmehr hat Deutschland selbst ein Interesse daran, sich kriegsbereit zu machen. Denn wenn es zu einem großen Krieg kommt, will kein imperialistisches Land außen vor bleiben, schließlich werden die Sieger die Weltordnung und die Geschäfte nach diesem Krieg dominieren.

Alle Faktoren, die jedes imperialistische Land, auch wenn es noch so demokratisch und friedlich tut, dazu zwingen sich auf den kriegerischen **Kampf um die Neuaufteilung der Welt** vorzubereiten werden massiv verstärkt, sobald die kommende Wirtschaftskrise ausbricht. Mit einem Mal wird offensichtlich, dass die **Warenmärkte überfüllt** sind, die Profite brechen ein und die Jagd nach den letzten gewinnbringenden Investitionsmöglichkeiten verschärft sich. Also ist es alles andere als sicher, dass wir noch mehrere Jahre Zeit haben, uns auf den dritten Weltkrieg vorzubereiten.

Deutsche Kriegsverdrossenheit

Als ob das alles nicht schon genug Probleme bei der deutschen Kriegsvorbereitung wären, kommt ein weiteres hinzu: Die deutsche Bevölkerung hat **keinen Bock auf Krieg**. Immer wieder bestätigen Umfragen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung **gegen die Aufrüstung** ist und auch **gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr** wie in Afghanistan. Sogar eine Gruppe von Kampfpiloten soll kürzlich den Dienst bei der Bundeswehr beendet haben, weil sie die immer offensichtlicheren Vorbereitungen auf einen Konflikt mit Russland nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten.

Die Proteste gegen den Irakkrieg 2003 gehörten zu den größten Massenbewegungen in der jüngeren Geschichte Deutschlands. Wir können also hoffen, dass Millionen Menschen Krieg und Kriegsvorbereitungen nicht ewig taten-

los zusehen werden. Überhaupt würde ein dritter Weltkrieg unser aller Leben gründlich auf den Kopf stellen. Die ganze Wirtschaft wird nach den Kriegszielen umgestellt, aus Protesten gegen den Krieg wird Hochverrat; all das kennen wir bereits aus der deutschen Geschichte - genauso wie den Widerstand.

Auch die deutsche Bundesregierung weiß, dass es im 1. Weltkrieg **Proteste und Streiks** gegen den Krieg von hunderttausenden ArbeiterInnen gab und im 2. Weltkrieg, im Faschismus, immerhin tausende, die ihr Leben riskiert haben, um ihre Stimme gegen den Krieg zu erheben oder Sabotageakte durchzuführen.

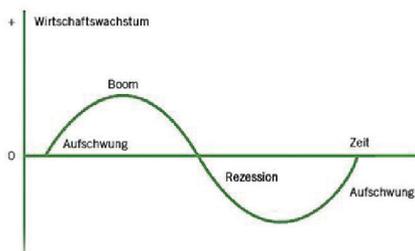
Die **neuen Polizeigesetze** und die **wachsende Überwachung** im Inneren richtet sich sicherlich auch schon präventiv gegen eine Antikriegsbewegung, die im Kriegsfall die Heimatfront stören könnte.



KEIN KAPITALISMUS OHNE KRISE

Es gibt keinen Kapitalismus ohne Krisen. Diese einfache Wahrheit hat es heute sogar in unseren Schulunterricht geschafft. Die meisten WirtschaftswissenschaftlerInnen reden diese Tatsache aber schön, sie sprechen von einem Konjunkturzyklus, zeichnen Grafiken, in denen man harmonische Auf- und Abbewegungen in Wellenform sieht. Die Realität sieht jedoch ganz anders aus: Ja, der Reichtum der Weltwirtschaft wächst. Erstens jedoch profitieren nicht alle gleichermaßen davon; er fließt hauptsächlich in die Taschen einer zahlenmäßigen verschwindend kleinen Minderheit, die der Kapitalisten.

KONJUNKTURZYKLUS



Der fälschliche Konjunkturzyklus wie man ihn in der Schule lernt

Zweitens, wächst er nicht gleichmäßig, sondern wird ungefähr alle 8 - 12 Jahre von **scharfen Einbrüchen** unterbrochen. In einer Grafik, basierend auf Wirtschaftsdaten, sehen wir nur einen scharfen Schnitt. In der Wirklichkeit bedeutet jede Krise **Arbeitslosigkeit**, größere **Armut** und auch **Hunger** für hunderte Millionen Menschen auf der Welt.

Was für eine Krise?

Krisen in dieser Form gibt es seit der Entstehung des Kapitalismus. Sobald sich der Kapitalismus weltweit durchgesetzt hat, stieg die Tendenz zu internationalen Krisen immer mehr. Es sind die ersten Krisen in der Menschheitsgeschichte, bei denen nicht hunderttausende in Armut stürzen, weil es Umweltkatastrophen oder Missernten gibt. Vielmehr sind es Krisen, die entstehen, weil es Waren im Überfluss gibt – aber niemanden, der sie sich leisten kann. Die kapitalistischen Krisen sind sogenannte **Überproduktionskrisen**. Zwei Faktoren lösen diese Krisen immer

wieder aus und machen sie zu einem der Grundgesetze des Kapitalismus: Jedes Unternehmen in diesem System hat das Ziel möglichst viel Gewinn zu machen. Konkret heißt das möglichst viele Waren zu produzieren und zu verkaufen. Dabei stehen die Unternehmen in Konkurrenz zueinander. Samsung will seine Handys verkaufen, Apple seine. Beide wollen, dass die Menschen ihr Ersparnis für ein neues Handy ausgeben, statt für ein neues Auto. Jedes einzelne Unternehmen hofft dabei darauf, die eigene Konkurrenz ausstechen zu können. Jedes Unternehmen hofft, mehr verkaufen zu können als im letzten Jahr und am besten sogar die KundInnen ihrer Konkurrenz für sich zu gewinnen. Die vielfältigsten Formen Werbung zu machen, von Plakaten bis hin zu Youtube-Videos, bringen das zum Ausdruck. Das **Profitstreben der Unternehmen** ist unbegrenzt, die Geldbeutel der ArbeiterInnen, die ihre Waren kaufen sollen, dagegen sehr begrenzt. Denn die gleichen Menschen, die die Produkte am Ende kaufen müssen, stellen sie auch her und werden dafür entlohnt. In der Fabrik wünscht der Kapitalist sich einen möglichst niedrigen Arbeitslohn, aber auf dem Markt möglichst kaufkräftige

KundInnen. Diese beiden widersprüchlichen Interessen kann der Kapitalismus niemals unter einen Hut bringen und sie führen regelmäßig in die Krise.

Die Krise bricht also nicht etwa aus, weil es auf der Welt zu wenig Menschen gibt, die Brot essen wollen, oder weil bereits jeder Mensch ein modernes Auto fährt, sondern weil die Menschen sich einfach **nicht all diese Waren leisten können**.

Die Krise bricht dann aus, wenn das in irgendeinem Wirtschaftszweig deutlich wird. Dieser Wirtschaftszweig verleiht der Krise dann ihren Namen. Es gab schon Teekrisen, Ölkrisen, Zinnkrisen, IT-Krisen und zuletzt eine sogenannte Immobilienkrise. Doch sobald die Krise in einem Zweig ausbricht, breitet sie sich wie ein hochansteckendes Virus über die ganze Weltwirtschaft aus. Mit einem Mal wird deutlich, dass es überall an kaufkräftigen KundInnen mangelt. Unternehmen **drosseln die Produktion, entlassen die ArbeiterInnen oder senken die Löhne**. Kredite können nicht zurückgezahlt werden und Unternehmen gehen pleite. Kurz gesagt verschärft sich die Krise gewissermaßen selbst und breitet sich so auch in allen Zweigen aus,

die nur indirekt von der Kaufkraft der ArbeiterInnenklasse abhängen (wie zum Beispiel die Rohstoffindustrie). Die Preise der „überschüssigen“ Waren fallen und die Kapitalisten machen keinen Profit mehr mit ihrem Verkauf. Das geht so weiter bis ausreichend Waren zu deutlich niedrigeren Preisen verkauft wurden oder einfach vernichtet wurden und „ausreichend“ Unternehmen pleite sind. Die Abwrackprämie, die im Jahr 2009 eingeführt wurde, war ein Mittel, um letztlich Kapital zu vernichten. Sie war eine staatliche Prämie, bei der 2500 Euro ausgezahlt wurden, wenn man sein altes Auto verschrotten ließ und ein neues angemeldet hat. Hier wurde nicht das neue Kapital (die neuen Autos) vernichtet, die ArbeiterInnen wurden dazu angehalten ihre alten,



So in etwa sah das Vermächtnis der Abwrackprämie aus

aber noch vollkommen funktionsfähigen Autos zu verschrotten und ihr Geld in ein neues Auto zu investieren. Gelockt wurden sie durch staatliche Gelder.

Diejenigen, die sich in der Krise behaupten konnten und als Unternehmen lebensfähig geblieben sind, können dann nach einiger Zeit (einige Monate bis zwei Jahre) auf einem vom zuvor geschaffenen „Überfluss“ gereinigten Markt wieder ihre Produktion vergrößern. So geht die Krise auf Kosten von unzähligen ArbeiterInnen, die arbeitslos gemacht werden oder denen die Löhne gesenkt werden zu Ende. Warum uns all das interessieren sollte? Weil die nächste Krise vor der Tür steht!

Die nächste Krise kommt

Noch herrscht Boom-Stimmung unter den Kapitalisten. Aber die Anzeichen für einen großen Krach mehren sich, die Aktienkurse schwanken immer stärker, die Börsen sind „nervös“. Praktisch jedes große kapitalistische Land beklagt sich über die zu starken Exporte seiner KonkurrentInnen, was nichts anderes heißt, als dass sie Probleme haben, ihre Waren abzusetzen. Daher auch die Diskussion über Schutzzölle zwischen der USA und der EU. Mehrere Un-

ternehmen haben Einsparungen oder sogar die Schließung ganzer Unternehmensbereiche angekündigt (ThyssenKrupp, Deutsche Bank, Siemens). Ist die Krise erst einmal da, dann werden auch wir davon betroffen sein, egal wo sie anfängt.

Was haben die Politiker dieser Krise entgegensetzen? Bei der **letzten großen Krise 2008**, die als die schwerste Krise seit Beginn des Kapitalismus gilt, brachten alle mächtigen kapitalistischen Staaten massive Geldmittel auf, um die Krise abzuschwächen. Zu ihren Maßnahmen in Deutschland gehörte beispielsweise, wie oben beschrieben, die Abwrackprämie. Weiterhin wurden in sogenannten „Rettungspaketen“ **Milliarden Euro aus den Staatskassen** bereitgestellt, um angeschlagene Unternehmen **vor der Pleite zu bewahren**. Dem gleichen Zweck dienen die von den Zentralbanken festgelegten außergewöhnlich niedrigen Zinsen. Durch sie erhalten Kapitalisten viel einfacher und günstiger Kredite.



„Zombie-Unternehmen“

Durch diese Maßnahmen ist die Schärfe der letzten Krise in einigen Ländern wie Deutschland oder den USA abgefedert worden. Jedoch wurden damit zugleich die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die **nächste Krise noch um ein vielfaches schärfer ausfallen** dürfte. Zahlreiche Unternehmen hätten in der letzten Krise eigentlich pleite gehen müssen, sie werden nur von den außergewöhnlich niedrigen Zinsen

am Leben gehalten, weil sie sich so praktisch zum Nulltarif Geld leihen können. Schätzungen gehen von etwa 10% solcher „**Zombie-Unternehmen**“ aus.

Diese Unternehmen werden die nächste Krise sicherlich nicht überleben und somit wird die Pleitewelle noch massiver ausfallen als in einer „normalen“ Krise. Die **Massenentlassungen**, **Lohnsenkungen** und **weiter einbrechende Nachfrage** verschärfen sich dementsprechend.

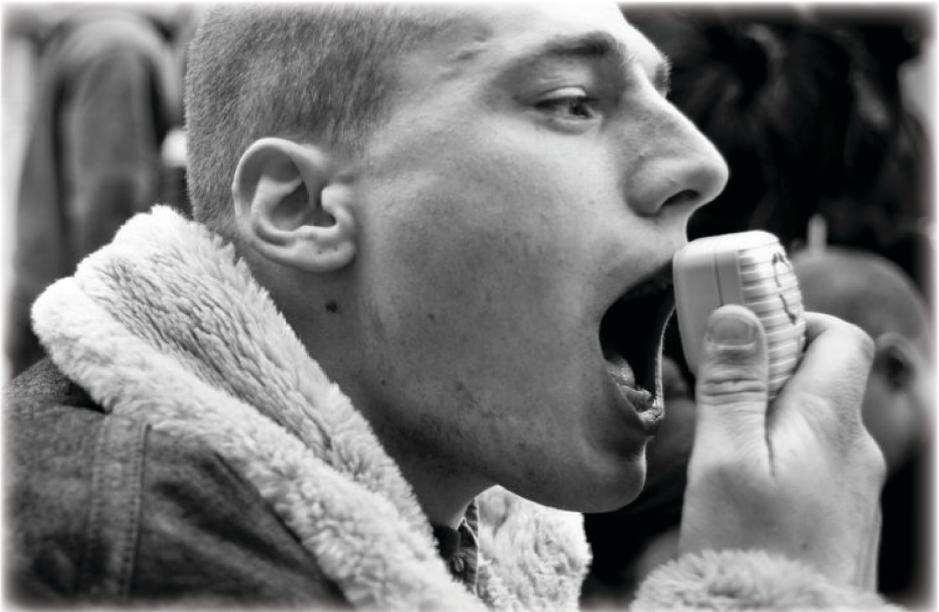
Vieles spricht dafür, dass wir in Deutschland nach der nächsten Krise eine Situation erleben könn-

ten, die dem gleicht was schon heute in Italien, Spanien und Griechenland Realität ist: Länder, in denen etwa **50% der Jugendlichen arbeitslos** sind; Mindestlöhne, wenn es sie überhaupt noch gibt, von 400€ monatlich gezahlt werden, usw.

Jedoch sind in diesen Ländern die Menschen nicht nur in kürzester Zeit **massiv verarmt**, sondern es hat sich auch eine massive Wut und Unzufriedenheit in der Bevölkerung angestaut – besonders in der Jugend. Diese Wut kommt auf unterschiedlichste Weise zum Ausdruck: **Stille Frustration, Proteste** und **Demonstrationen** bis hin zu **wachsenden kommunistischen Organisationen**, die für den ein-

zigen Weg zu einem System ohne Krisen kämpfen: **Für den Sozialismus**. Die Menschen in diesen Ländern gehen Wege, die wir uns zum Vorbild nehmen sollten.

Auch den Kapitalisten wird spätestens in der Krise bewusst werden, dass keine Wirtschaftsreformen ihre Probleme lösen können. Ihr eigener kapitalistischer Markt ist ihnen zu „eng“ geworden und ihr Drang, diesen Markt zu vergrößern verstärkt sich somit. Da aber die ganze Welt unter den kapitalistischen Großmächten aufgeteilt ist, bleibt nur ein Weg: Der eine will unter seine Kontrolle bekommen, was der andere heute noch beherrscht – **Krieg**.





DIE AUFGABE DER KOMMUNIST/INNEN

Was sind also unsere Aufgaben, wenn die nächste und gleichzeitig schwerste Wirtschaftskrise vor der Tür steht?

Eine Welle der **Massenarmut und -arbeitslosigkeit** wird folgen. Die ArbeiterInnen werden alle die Probleme, die der Kapitalismus hervorbringt härter spüren, sie werden Fragen haben und wir müssen Antworten. In den letzten Jahren konnten wir sehen, wie die Faschisten versuchten Antworten auf viele Fragen der ArbeiterInnen zu geben. Faschistische Parteien wie die Alternative für Deutschland konnten sich in der Landschaft der bürgerlichen Parteien etablieren.

Auch in anderen Ländern greift der Faschismus um sich und versucht die **Unzufriedenheit** der Menschen mit **Fremdenhass, Diskriminierung und Gewalt** gegen die unterdrücktesten Teile der ArbeiterInnen zu beantworten.

Heute ist es **unsere Aufgabe** Antworten zu geben. Aber nur Reden bringt genauso wenig wie blinde Gewalt. Wir müssen uns **zusammenschließen**, uns **organisieren** und so einen gemeinsamen Kampf als **Frauen, Jugendliche, ArbeiterInnen, MigrantInnen**, etc. führen.

Wir können es nach jeder Wahl immer wieder mit eigenen Augen sehen. Die bürgerlichen Parteien verändern Nichts im Interesse

der Mehrheit der Menschen, also der Arbeiter und Arbeiterinnen. Gesetze werden geändert im Interesse der großen Banken und Konzerne. Für uns bedeutet das immer mehr Armut und weniger Perspektive in diesem System.

Aber was wollen wir für eine Welt?

Wir wollen eine Welt, in der die Menschen solidarisch zusammen leben. **Eine Welt in der der Mensch nicht mehr durch den Menschen unterdrückt wird.** Eine Welt in der Menschen nicht mehr durch Armut, Kriege oder Ähnliches zur Flucht aus ihrer Heimat getrieben werden.

Diese Welt kann es nur geben, wenn der Reichtum der Gesellschaft nicht mehr in den Händen von einigen wenigen liegt, son-

dern im Besitz der ganzen Gesellschaft ist. Diejenigen, die heute den Reichtum und die Macht in diesem Staat haben, werden diesen aber niemals freiwillig hergeben. Darüber sind wir uns bewusst, wir brauchen einen **Umsturz dieses Systems, eine sozialistische Revolution.** Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass es in unseren Händen liegt, ob sich etwas ändert oder nicht.

Die ArbeiterInnen haben es auf dieser Welt immer wieder bewiesen, dass sie etwas ändern können, wenn sie sich zusammen schließen.

Sich heute gegen die Einführung der neuen Polizeigesetze zusammenzuschließen ist ein erster sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung!





KJ 